

Dr. Andreas H. Bröker: **(Re-) Integration durch Arbeit in Pforzheim**

Sozialverträgliche Beschäftigungsförderung für ausländische Mitbürger

Problemaufriss

Das Oberzentrum der Region Nordschwarzwald, die eher monostrukturierte und industriell geprägte Stadt Pforzheim, hatte in den Jahren 1992-96 mit starken arbeitsmarktlichen Umbrüchen zu kämpfen.¹ Etwa 13.000 Arbeitsplätze gingen in kurzer Zeit vor allem im produzierenden Gewerbe der traditionellen Schmuckindustrie verloren. Die Arbeitslosenquote stieg im Arbeitsamtsbezirk Pforzheim in der Folge von 5,5 % im Jahr 1992 auf 9,7 % am Ende des Jahres 1996.

Von diesen Umstrukturierungsprozessen in der Pforzheimer Wirtschaft waren ausländische Mitbürger² – häufig gering qualifizierte und/oder mit Zeitverträgen beschäftigte Arbeitnehmer – in besonderer Weise betroffen: Ihre Arbeitslosenquote stieg im Zeitraum von 1992-96 von 10,5 % auf 16,8 % an und war damit mehr als doppelt so hoch wie die der deutschen Erwerbstätigen (8,1 %).³

Die andauernden Arbeitsmarktprobleme führten in vielen Fällen zu Langzeitarbeitslosigkeit, die im gesamten Arbeitsamtsbezirk Pforzheim zeitweise fast 40 % ausmachte. Ihr folgte dann quer durch die Bevölkerungsschichten mit wachsenden Anteilen der Bezug von kommunaler Sozialhilfe: Auf 1.000 Pforzheimer Einwohner kamen am Ende des Jahres 1996 im statistischen Durchschnitt 55 Bezieher von Sozialhilfe. Die Sozialhilfeempfängerdichte bei ausländischen Mitbürgern stieg – wesentlich bedingt durch die größere Betroffenheit von Arbeitslosigkeit – bis auf 86 pro 1000 Einwohner an und erreichte zum Ende des Jahres 1997 mit 9,2 % ihren absoluten Spitzenwert.⁴

Den Hintergrund bildet eine Landes- und Bundesgesetzgebung, die in den letzten Jahren die finanzielle Belastungen als Folge der hier nur kurz skizzierten Arbeitsmarktprobleme in immer stärkerem Maße auf die Kommunen verlagert hatte (Kommunalisierung der

¹ Der Autor (Dr. phil. sowie Dipl.-Wirt.-Ing. und M.A.) war von 1996-2001 Geschäftsführer der kommunalen Gesellschaft zur beruflichen Eingliederung mbH Pforzheim (GBE); von 03/2000 bis 02/2002 hat er (zusätzlich) die Funktion des Kommunalen Beauftragten für Beschäftigungsförderung der Stadt Pforzheim übernommen.
Kontakt /Information: Fon: 0721/9664510; eMail: andreas-h.broeker@t-online.de

² Soweit nichts anderes ausdrücklich erwähnt wird, stehen diese und ähnliche Bezeichnungen im gesamten Artikel jeweils sowohl für männliche als auch für weibliche Personen.

³ Der ausländische Bevölkerungsanteil beträgt in der Stadt Pforzheim relativ konstant 16-17 %. Der Anteil von ausländischen Mitbürgern an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten liegt bei etwa 14-15 Prozentpunkten (zum Vergleich Baden-Württemberg: 12-13 %). Die vergleichsweise deutlich geringere Frauenerwerbsquote von 36-39 % ist jeweils als eine wesentliche Ursache anzuführen.

Arbeitslosigkeit): So lagen die Aufwendungen der Pforzheimer Kommune für Hilfen zum Lebensunterhalt (HLU), deren Bezug für einen Anteil von mindestens 25 % ursächlich mit Arbeitslosigkeit in Verbindung zu bringen war, im Jahr 1992 noch bei etwa 9,2 Mio. Euro und hatten sich im Jahr 1996 mit ca. 18 Mio. Euro/ a nahezu verdoppelt.

Maßnahmen der Beschäftigungsförderung

Mit einem engagierten Programm „Arbeit statt Sozialhilfe“ seit dem Jahr 1995/96 sowie mit dem grundlegenden Einstieg in die über das Bundessozialhilfegesetz (BSHG) hinausgehende kommunale Beschäftigungsförderung ab Frühjahr 2000 hat die Stadt Pforzheim ihre Handlungsspielräume trotz der angespannten Haushaltslagen genutzt, um aktiv Beschäftigung für arbeitsmarktliche Problemgruppen zu fördern und um Arbeitslosigkeit in der Region gemeinsam mit dem Arbeitsamt gezielt zu bekämpfen.

Die Kommune setzte in den Jahren 1996 bis 1999 zum einen im Rahmen der „Hilfen zur Arbeit“ für deutsche wie für ausländische Sozialhilfeempfänger erhebliche finanzielle Mittel ein. Zum anderen investierte sie zusätzlich ab dem Jahr 2000 Gelder aus dem neuen Haushaltsansatz der Kommunalen Beschäftigungsförderung für reguläre Langzeitarbeitslose, Deutsche wie ausländische Mitbürger, auch ohne Bezug von kommunaler Sozialhilfe. Mit diesem Finanzaufwand, der pro Jahr bis zu 3 Mio. Euro ausmachte und ergänzend über das Arbeitsamt, das Land, den ESF etc. co-finanziert wurde (vgl. Tab. 1), baute die Stadt Pforzheim mit dem Ziel der beruflichen (Re-) Integration ein modulares Stufenmodell auf. Zu ihm gehören bis zu 200 i.d.R. sozialversicherungspflichtige, zeitlich befristete Arbeitsstellen für arbeitslose SozialhilfeempfängerInnen und Langzeitarbeitslose. Im Zentrum dieses Angebotsspektrums befindet sich die gemeinnützige Gesellschaft zur beruflichen Eingliederung mbH Pforzheim (GBE), eine im Zeitraum 1995/96 gegründete 100%-ige Stadttochter mit heute etwa 30 Festangestellten. Hinzukommen der Arbeitslosentreff der Stadtmission Pforzheim e.V. mit einer Börse für Stunden- oder Tagesjobs und die AG Drogen Pforzheim/Enzkreis, deren Beschäftigungsprojekt „Q-Train“ sich vorwiegend auf substituierte Arbeitslose konzentriert.

Insbesondere für Personenkreise, für die aufgrund von anhaltenden fachlichen, persönlichen oder sozialen Defiziten nur sehr schwer eine Nähe zum regulären Arbeitsleben direkt herzustellen ist, bietet das Pforzheimer Stufenmodell als Einstieg verschiedene

⁴ Zu beachten ist hier, dass darin auch überproportional viele Kinder/Jugendliche mit eigenen Ansprüchen sowie Asylbewerber ohne Arbeitserlaubnis enthalten sind.

Beschäftigungsprojekte mit eher niederschweligen, aber gleichwohl praxisorientierten Arbeitsanforderungen, in der Regel mit der Möglichkeit einer Teilzeitbeschäftigung an. Gerade ausländische Arbeitslose⁵, Jugendliche wie Erwachsene, konnten von diesen Angeboten profitieren, sofern sie auch die Möglichkeiten zur weiteren Qualifizierung und beruflichen Entwicklung nutzten: berufsbegleitende Sprachkurse in Zusammenarbeit mit der Volkshochschule Pforzheim, Hilfen beim Ablegen von Führerscheinprüfungen, interne und externe Kurse zu EDV, Schweißkenntnissen etc. oder die berufspraktische und fachtheoretische Vorbereitung auf eine Ausbildung, z.B. in der Jugendwerkstatt. Zu den Inhalten gehört gerade für ausländische Interessenten und Bewerber das Training von im deutschen Beschäftigungssystem geforderten Schlüsselqualifikationen und primären Arbeitstugenden sowie die Vermittlung von alltags-beruflichem Hintergrundwissen, etwa zu den Sozialversicherungssystemen oder zu betrieblichen Organisationsformen bzw. Kommunikationswegen.

Alle Angebote werden persönlich erläutert und bei Bedarf individuell sozial-pädagogisch begleitet (case management). Hinzukommt, gerade bei Personen ohne Berufsausbildung, die erfahrungsgemäß zu den von Kündigungen am ehesten betroffenen Randbelegschaften gehören, eine individuelle Analyse der vorhandenen Potentiale (profiling) in Verbindung mit konkreten Vorschlägen, wie eine neue berufliche Perspektive – auch jenseits von berufskundlichen Kategorien – in der Zukunft aussehen könnte. Über Praktika, Probearbeitswochen sowie die (wieder-) eingliederungsorientierten Arbeitnehmerüberlassung können im Anschluss gezielt Brücken in das reguläre Arbeitsleben geschlagen werden.

Zu den Rahmenbedingungen dieser Initiativen gehört das Pforzheimer Grundprinzip, daß die von der Kommune beauftragten Pforzheimer Beschäftigungsträger nur so viel Unterstützung und Förderung wie nötig bereitstellen sollen und daß von den Interessenten, Bewerbern und ggf. beschäftigten Personen soviel Eigenengagement wie möglich zu fordern ist („fördern und fordern“). Bei offensichtlichem Leistungsmissbrauch, etwa in der Art, dass ein adäquates Arbeitsangebot unbegründet abgelehnt wird, wird das Sozialamt und/oder das Arbeitsamt informiert, woraus spätestens im Wiederholungsfall Kürzungen der öffentlichen Unterstützungsleistungen folgen.

⁵ In den Jahren 1996-2000 hatten in ganz Baden-Württemberg Personen ohne abgeschlossene Ausbildung zwar einen (abnehmenden) Anteil an den sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmern von 24 % bis 22 %. Während bei Deutschen diese Werte zwischen 20 % und 19 % lagen, waren sie bei ausländischen Beschäftigten aber ungleich höher, nämlich zwischen 52 % und 49 % (Quelle: Auswertungen aus der Beschäftigtenstatistik der Bundesanstalt für Arbeit mit Stand von August 2001).

Die Umsetzung dieser konsequenten Doppelstrategie der Pforzheimer beschäftigungspolitischen Aktivitäten führte zu bundesweit mit Aufmerksamkeit verfolgten Ergebnissen.

Wirkung der Maßnahmen

Die Zahl der ausländischen Bezieher von Sozialhilfe hat sich bis zum Jahr 2000 um gut 35 %, das sind etwa 700 Personen, verringert; die statistische Sozialhilfeempfängerdichte bei ausländischen Mitbürgern sank folglich in diesem Zeitraum deutlich von zeitweise über 90 auf 56 Personen pro 1000 Einwohner (vgl. Tab. 1).⁶

Zweifelsohne hat die positive Arbeitsmarktentwicklung diese Erfolgsbilanz der kommunalen Aktivitäten begünstigt: So betrug die Arbeitslosenquote im gesamten Arbeitsamtsbezirk am Ende des Jahres 2000 nur noch 6,1 %; die Quote für deutsche Erwerbstätige lag bei 5,4 Prozentpunkten, die der ausländischen Erwerbspersonen bei 10,7 %.

Gleichwohl gehen die Erfolge auch auf eine professionelle Arbeit bei den beteiligten Ämtern und den durch die Kommune finanzierten über Leistungskontrakte eingebundenen Beschäftigungsträgern zurück. Die Notwendigkeit eines solchen professionellen und gezielten Engagements belegen zum einen die trotz der skizzierten Rückgänge stets deutlich über dem Durchschnitt oder den Vergleichszahlen liegenden Werte von Arbeitslosigkeit und Sozialhilfebezug bei ausländischen Mitbürgern. Zum anderen schärfen die Entwicklungen des Jahres 2001 wieder den Blick für die Realitäten: Konjunkturelle Schwächen führten auf dem Arbeitsmarkt bei ausländischen Mitbürgern unmittelbarer und in stärkerem Umfang zu Arbeitsplatz- und Einkommensverlusten. Eine im gesamten Arbeitsamtsbezirk leicht ansteigende Arbeitslosenquote betraf offensichtlich nahezu vollständig ausländische Mitbürger, deren Arbeitslosenquote um glatte 2 % anstieg. Daraus resultierte im Stadtgebiet ein durchschnittlicher Anstieg der Sozialhilfeempfänger um etwa 4 %, also um rund 150 Personen, offensichtlich fast gänzlich ausländische Mitbürger, bei denen sich zeitgleich die Zahl der Sozialhilfebezieher um ca. 14 % vergrößert hatte. Sprachprobleme und zeitlich befristete Arbeitsverträge, deren Nicht-Verlängerung zu den ersten unternehmerischen Reaktionen auf Auftragsrückgänge gehört, sowie geringere Lohnhöhen und daran gekoppelte niedrigere Lohnersatzleistungen im Falle von Arbeitslosigkeit, die den ergänzenden Bezug

⁶ Parallel dazu befindet sich der kommunale Sozialhilfeeat insgesamt – trotz Mehrausgaben für die Hilfen zur Arbeit – um mehr als 6 Mio. Euro unter dem Ansatz des Ausgangsjahres 1996; die Sozialhilfeempfängerdichte hat sich insgesamt auf für einen Stadtkreis auch interkommunal sehr ansehnliche 3,2 % verringert (12/2001).

von Sozialhilfe gerade bei überdurchschnittlichen Haushaltsgrößen notwendig machen, können u.a. als Erklärungsmuster der oben skizzierten Tendenzen dienen.

Die nachfolgende Übersicht bietet in einem statistischen Gesamtüberblick weitere Informationen und stellt dabei den Werten des Ausgangsjahres 1996 im Zeitverlauf Zahlen in verfügbarer Aktualität gegenüber:

Tabelle 1: Erfolgsbilanz (Rahmendaten und Kennzahlen)

Datum ----- Variable	12 / 1996	12 / 1997	12 / 1998	12 / 1999	12 / 2000	12 / 2001
Region Nordschwarzwald						
• <u>sozialversicherungs-</u> <u>pflichtig Beschäftigte</u>	162.166	160.500	157.563	157.606	k. A.	k. A.
- Anteil auslän- discher Mitbürger	15,7 %	15,2 %	14,7 %	14,5	k. A.	k. A.
Arbeitsamtsbezirk						
• <u>Arbeitslosenzahlen</u>	24,1 %	23,4 %	23,7 %	22,7 %	22,6 %	25,6 %
- Anteil auslän- discher Mitbürger						
• <u>Arbeitslosenquote</u>	9,7	9,0	8,0	7,3	6,1	6,2
- insgesamt	8,1	8,1	7,1	6,5	5,4	k. A.
- Deutsche	16,8	15,2	13,7	12,0	10,7	12,7
- ausländ. Mitbürger						
Stadt Pforzheim						
• <u>Einwohner (EW)</u>	116.229	115.563	114.963	114.269	114.039	114.820
- davon ausländ. Mitbürger	16,8 %	16,8 %	16,7 %	16,9 %	16,7 %	16,9 %
• <u>Personen im HLU-</u> <u>Bezug (insgesamt)</u>	6.414	6.012	4.889	4.169	3.523	3.675
- AusländerInnen	1.681 (26,2 %)	1.792 (29,8 %)	1.516 (31,0 %)	1.380 (33,1 %)	1.078 (30,6 %)	1.227 (33,4 %)
• <u>Sozialhilfedichte</u> (Personen / 1000 EW)						
- insgesamt	55,2	52,0	42,5	36,5	30,9	32,0
- AusländerInnen	86,2	92,2	78,8	71,5	56,6	63,2
• <u>Ausgaben für HLU</u> (Mio Euro/a)	17,95	16,67	14,57	13,14	11,04	10,89
• <u>Kommunale Förder-</u> <u>mittel (Mio Euro/a)</u>						
- Hilfen zur Arbeit	1,84	2,05	2,56	3,02	1,74	1,99
- Beschäftigungs- förderung	---	---	---	---	0,36	0,61
• <u>Co-Finanzierungen</u> -Arbeitsamt, Land, ESF,... (Mio Euro/a)	0,77	0,51	0,36	0,46	0,77	ca. 0,8

Hinter diesen Eckwerten stecken im einzelnen folgende Aktivitäten bei den Beschäftigungsträgern: Seit 1995/96 erhielten ca. 2.500 arbeitslose Sozialhilfe oder Arbeitslosenhilfe beziehende Personen in persönlicher Form berufliche Informationen und Beratungen sowie eine Einschätzung bzgl. Arbeitsfähigkeit und -willigkeit (clearing + profiling). Unter ihnen befanden sich ca. 600 nicht deutsche Personen – etwa 250 ausländische Mitbürger, davon ca. 120 EG-Ausländer, und etwa 250 Asylbewerber –, die zu über 50 % türkische Kurden waren. Die Personen türkischer Herkunft stellten nach den Italienern (ca. 45 %) auch bei den ausländischen Mitbürgern mit etwa 30 Prozent die größte Gruppe dar.⁷

In weniger als 350 Fällen traten motivationale Defizite auf, die bei Fortdauer zu Kürzungen der Hilfeleistungen führten. Während etwa 200 Personen an fachlich besser zuständige Stellen, wie z.B. das Arbeitsamt zwecks Qualifizierung, weitergeleitet wurden, standen bei ca. 250 Personen offensichtlich entweder physische bzw. psychische Handicaps oder die gegenwärtige familiär-soziale Lage einer Beschäftigungsaufnahme entgegen. Bei 500 Menschen bildeten die geringe Höhe der Sozialhilfe, der Wohnort außerhalb Pforzheims sowie gerade für ausländische Mitbürger eine fehlende Aufenthalts- bzw. Arbeitserlaubnis⁸ etc. formale (Re-) Integrationshürden.

Ca. 200 Personen konnten direkt auf den ersten Arbeitsmarkt vermittelt werden, etwa 1.000 kommunal geförderte Arbeitsverträge auf Zeit wurden bei den Pforzheimer Beschäftigungsträgern abgeschlossen.⁹ Die durchschnittliche (Re-) Integrationsquote aus diesen Maßnahmen der Beschäftigungsförderung heraus in das reguläre Arbeitsleben betrug über die letzten 5 Jahre hinweg im Schnitt über 50 % und erwies sich bislang durchaus als nachhaltig, wie mehrere Begleitstudien, u.a. zusammen mit dem Landesarbeitsamt in Stuttgart, belegen konnten. Die Abbruchquoten lagen dank sorgfältiger Vorberatung und -auswahl sowie individueller sozialpädagogischer Personalbetreuung (case management) insgesamt unter 15 %.

⁷ In diesem Zusammenhang sind zusätzlich 550 Aussiedler zu erwähnen, die zwar formal nicht als Ausländer gelten und dennoch meist statistisch getrennt ausgewiesen werden, da auch sie nicht im deutschen Lebens- und Arbeitssystem aufgewachsen sind. Beide Gruppen – Asylbewerber und Ausländer einerseits sowie Aussiedler andererseits – ergeben zusammen etwa 45 Prozent der Klientel bei den Beschäftigungsträgern, wobei die Aussiedler im Zeitraum 1996-1998 den Schwerpunkt bildeten.

⁸ Daran änderte auch die Lockerung des Arbeitsverbots für Asylbewerber nur wenig bis gar nichts, denn aufgrund der Subventionierung mit öffentlichen Geldern bezog das Arbeitsamt die gelockerten Bestimmungen nicht auf eine Beschäftigung bei der GBEmbH Pforzheim.

⁹ Aufgrund der Sozialversicherungspflicht dieser Arbeitsstellen fließen pro Jahr etwa 500.000 Euro an Beiträgen für die Sozialversicherungssysteme sowie ca. 230.000 Euro per annum als Steuerzahlungen an das Finanzamt Pforzheim.

Fazit und Handlungsempfehlungen

Durch die kommunalen Initiativen und Co-Finanzmittel ist in den letzten fünf Jahren im Stadtkreis Pforzheim ergänzend zu den konventionellen SGB III-Angeboten ein ausdifferenziertes sowie arbeitsmarktorientiertes Maßnahmespektrum zur gezielten und gemeinsamen Beschäftigungsförderung von Problemgruppen des Arbeitsmarktes entstanden. Einige Elemente dieser kommunalen Angebote sind speziell auf ausländische Mitbürger zugeschnitten, wissentlich dass selbst kleinere konjunkturelle Schwankungen bei ausländischen Mitbürgern unmittelbarer und in stärkerem Umfang zu Arbeitsplatz- und Einkommensverlusten führen: Das konjunkturell schwächere Jahr 2001 brachte für ausländische Mitbürger einen überproportionalen Anstieg von Arbeitslosigkeit und Sozialhilfebezug. Sie haben aufgrund von Sprachproblemen, geringen Qualifikationsniveaus und häufig befristeten Arbeitsverhältnissen in Krisenzeiten offensichtlich einerseits ein größeres Risiko den Arbeitsplatz zu verlieren und andererseits auf längere Dauer arbeitslos zu bleiben sowie dann in die Abhängigkeit von Sozialhilfe zu geraten.

Um Abwärtsspiralen dieser Art sowie damit verbundenen Kostenrisiken für die Stadt entgegenzuwirken, sollten die kommunalen Beschäftigungsinitiativen möglichst frühzeitig und gezielt einsetzen, wodurch sich auch andere Folgekosten von Langzeitarbeitslosigkeit vermeiden ließen.

Letztendlich ist es besser, Beschäftigung aktiv zu fördern, als Arbeitslosigkeit und Sozialhilfebezug nur passiv finanziell zu alimentieren. Dazu sollten so viele und angemessene Förderangebote wie nötig geschaffen und so viel Eigenengagement der betroffenen Personen wie möglich konsequent eingefordert werden. Über die Mittel des Bundessozialhilfegesetzes (BSHG) für „Arbeit statt Sozialhilfe“ hinaus stehen in Pforzheim Gelder der Kommunalen Beschäftigungsförderung zur Verfügung, die gemeinsam mit der Arbeitsverwaltung sowie anderen lokalen Akteuren zum Abbau von Zugangsbarrieren und Ausgrenzungen bestimmter Personengruppen, wozu auch ausländische Mitbürger zählen, mit Blickrichtung auf das (reguläre) Erwerbsleben eingesetzt werden.

Diese dezentral-regionalen Regelungen verliefen teilweise in Ermangelung einer konsistenten Bundes(rahmen)gesetzgebung; mit dem JobAktiv-Gesetz, der Lockerung des Arbeitsverbots für Asylbewerber und dem Zuwanderungsgesetz folgten dann erste Reformschritte. Unabhängig von dem Ausgang der Bundestagswahlen im Herbst 2002 wird es allem Anschein

nach in den Jahren 2003/04 bedingt durch bundesgesetzliche Vorgaben zu massiven Veränderungen auf dem Gebiet der regionalen Beschäftigungspolitik kommen: In Verbindung mit dem Grundsicherungsgesetz ab 01.01.2003 und der vorgesehenen Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe, die im Grunde genommen wohl einer Abschaffung der Arbeitslosenhilfe gleichkommen und damit die Arbeitslosen analog zum 2-Säulen-Modell in zwei Gruppen aufteilen wird, stehen grundsätzlich andere Finanzierungswege, fachliche Inhalte, Organisationsstrukturen etc. an. Die Kommunen werden an diesen Stellen erheblich gefordert sein, sich aktiv einzubringen, nicht zuletzt um negative Folgewirkungen der Umbruchsituation auf arbeitsmarktliche Problemgruppen wie ausländische Mitbürger und damit auch auf die kommunalen Haushaltskosten möglichst abzufedern oder zu vermeiden. Als weitere Verbesserungen der daher in Quantität und Qualität fortzuführenden Pforzheimer beschäftigungspolitischen Aktivitäten für ausländische Mitbürger wären in diesem Sinne und aufgrund der bisherigen Erfahrungen für die Zukunft u.a. zu empfehlen:

- ausländer-/kulturspezifischer Ausbau der beruflichen Informationsmöglichkeiten
- Verstärkung von Arbeitsangeboten für ausländische Frauen
- Aufbau arbeitsplatznaher Kinderbetreuungsmöglichkeiten bei Beschäftigungsträgern
- adressatenspezifische Arbeitsangebote für junge AusländerInnen, auch im Hinblick auf
- die Hinführung zu einer Ausbildung oder zu einer fundierten Anlern Tätigkeit¹⁰
- verstärkte Einbindung von ausländischen UnternehmerInnen beim Angebot von Praktikantenplätzen, Arbeits- und Ausbildungsstellen¹¹

¹⁰ Seit Herbst 2002 gibt es bei der städtischen GBE mbH Pforzheim zusätzlich Ausbildungsmöglichkeiten im Verbund mit Pforzheimer Handwerksbetrieben für benachteiligte (ausländische) Jugendliche.

¹¹ Über ESF-Mittel wird in Pforzheim ab 01/2002 ein Projekt zur beruflichen Beratung von Betrieben mit ausländischen InhaberInnen gefördert.